



## **Bündnis 90/Die Grünen**

### **Kreisverband Aschaffenburg-Land**

#### **Newsletter Nr. 1/2015 der Kreistagsfraktion**



#### **Liebe Grünen Freundinnen und Freunde,**

seit unserem letzten Newsletter haben schon wieder zwei Kreistags- und unzählige Ausschusssitzungen stattgefunden. Die Grüne Kreistagsfraktion hat außerdem drei Anträge gestellt, wovon zumindest einer es ins Main-Echo geschafft hat. Unser Fraktionssprecher, Stephan Roth-Oberlies, informiert Euch in seinem Textteil darüber, worum es uns mit dem ÖPNV-Ticket für die Kreisräte ging. Unser zweiter Antrag betrifft TTIP und unsere Fraktion ist der Meinung, dass wir nicht genug darüber sprechen können, welche Auswirkungen dieses Freihandelsabkommen, bis in die Kommunen hinein, haben wird. Auch hierzu mehr im Textteil von Stephan. Antrag 3 betrifft eine Informationsbroschüre über barrierefreien Gaststätten, die wir uns für den Landkreis wünschen.

Jetzt aber berichten Euch die einzelnen Fraktionsmitglieder über Ihre Arbeit:

#### **Dr. Michael Behl**

Der Rechnungsprüfungsausschuss des Kreistags hat im ersten Halbjahr 2015 fünfmal getagt. Die meiste Zeit wurde dabei auf die Rechnungsprüfung des Kreiskrankenhauses Wasserlos für die Jahre 2013 und 2014 verwendet. Zu diverse Fragen erhielt der Ausschuss Erläuterungen von der Verwaltung. Der Jahresabschluss 2013 des Kreiskrankenhauses wurde in der Zwischenzeit im Kreistag vorgelegt und einstimmig festgestellt. Es ergab sich ein Verlust von 878 T€, der vom Landkreis zu tragen ist. Dieser Verlust ist erschreckend hoch, aber doch um 600 T€ geringer als im Jahr 2012.

#### **Theo Grünewald**

In regelmäßigen Abständen (ca. 7 Jahre) wird der gemeinsame Nahverkehrsplan in der Region Untermain neu erstellt. Dazu gibt es die ARGE Nahverkehrsplan, in der ich unsere Fraktion vertrete. Sie hat sich in der ersten Januarwoche das erste Mal in dieser Legislaturperiode getroffen. Ziel war es alle neuen Vertreter in das Verfahren einzuführen. In der zweiten Sitzung, die im Juni stattfand, wurden die Anforderungen an die Angebotsqualität vorgestellt. Die Teilnehmer haben Dr. Barwisch,

der federführend in der Beratungsgesellschaft planmobil den Nahverkehrsplan miterstellt, darauf hingewiesen, dass wir durchaus Wert darauf legen, dass Defizite erkannt und dokumentiert werden. Wir erwarten dann Maßnahmen, die diese benannten Mängel beseitigen. Nur so kann eine Verbesserung des Nahverkehrs erreicht werden. Dies ist bei der Planerstellung in anderen Kreisen wohl anders. Diskussionen gab es in diesem Kreis unter anderem über die Ausweitung der Hauptverkehrszeiten, Verdichtung von Takten in verschiedenen Relationen. Erinnert wurde an die Notwendigkeit, den Anteil des ÖPNV am Modal-Split deutlich zu erhöhen, wenn die Ziele des „Integrierten Energie- und Umwelt-Konzept IEUK“ erreicht werden sollen.

In diesen Wochen soll der aktuelle Stand der Analyse in die Gemeinden geschickt werden um hier eine Rückmeldung zu bekommen. Dies ist eine **Gelegenheit für uns Grüne im Landkreis**, vor Ort erkannte Defizite zurückzumelden, damit im Nahverkehrsplan darauf reagiert werden kann. Sprecht hier eure Verwaltung einmal an.

In der Umweltausschuss Ende Juni wurde dieser Planungsstand ebenfalls kurz vorgestellt, die Diskussion ist aber kurz geblieben und hat sich auf die Tatsache reduziert, dass der Halt der Kahlgrundbahn in Alzenau-Michelbach aufgegeben werden soll (was fast nichts mit dem Nahverkehrsplan zu tun hat). Auf der gleichen Sitzung wurde ebenfalls beschlossen, das vor drei Jahren eingeführte Klimaschutzmanagement fortzuführen, das durch Herrn Hoos federführend betreut wird.

In der Sitzung des Umweltausschusses im März informierten Vertreter der DB, welche Maßnahmen es zur Lärmreduzierung im Schienenverkehr gibt:

- Einerseits werden Güterzüge durch Umstellung auf andere Bremsen bis zum Jahr 2020 deutlich leiser werden. (Auch die privaten Güterzugbetreiber werden sich beteiligen.)
- Lärmsanierungen an den Schienenstrecken gibt es an den Abschnitten Stockstadt-Mainaschaff, Partenstein-Goldbach und Kahl-Aschaffenburg erst in einigen Jahren. Planungsbeginn für diese Abschnitte ist vermutlich Ende 2017.

Die Bayerische Eisenbahngesellschaft, der Besteller von Verkehrsleistung im Schienenverkehr kündigt deutliche Verbesserungen im SPNV auf der Strecke Frankfurt-Aschaffenburg-Würzburg ab Dezember an.

Stundentakt der Regionalbahn von AB nach Frankfurt (Süd) auch am Wochenende mit deutlich schnelleren Fahrtzeiten,

- Angebotsausweitung im Frühverkehr nach Frankfurt
- Bessere Anbindung aus Würzburg in den Abendstunden und am Wochenende
- Neuer Betreiber der Kahlgrundbahn mit erhöhter Sitzplatzkapazität und 100% Zugbegleitquote (derzeit nur sporadisch, was u.a. zu vielen „Zwangsschwarzfahrern“ führt→Einnahmeverlust)

Weitere Verbesserungen nach Auslieferung neuer Züge und Inbetriebnahme der Spessartquerung sind angekündigt.

Weiterhin möchte ich noch von der konstituierenden Sitzung der ARGE Radverkehr berichten, die Anfang Juli stattfand. Die Grundkonzeption sieht vor, ein Radwegenetz zu errichten, das nicht primär touristisch ausgerichtet ist, sondern auch ein zügiges Vorankommen von A nach B erlaubt. Ebenfalls soll besonders Rücksicht auf die Topographie unserer Gegend und die (beschränkten) Möglichkeiten der Fahrradfahrer Rücksicht genommen werden, d.h. möglichst wenige und verträgliche Steigungen. Negativbeispiel ist hier der Radweg von Hösbach (Stachus) nach Rottenberg. Zusätzlich zur ohnehin zu bewältigenden Steigung werden die Radfahrer noch auf eine Berg- und Talfahrt geschickt. Dies möchte man zukünftig vermeiden.

Vertreter des ADFC haben erste Ideen zu einem Radwegenetz vorgeschlagen, dass sich aus Haupttrouten (z.B. Kahltrahradweg, die Strecke AB-Kahl abseits des Mains und die Strecke AB-

Waldaschaff). Nebenrouten und Lückenfüllern aufbaut. Erstes Highlight ist die Untersuchung, ob der Bau eines Radschnellwegs entlang der Autobahn von Aschaffenburg nach Hösbach Bahnhof realisierbar ist. Der Landkreis AB fördert den Bau von Radwegen übrigens mit einem Budget von 250.000€ jährlich.

## **Barbara Hofmann**

Der Sozialausschuss, in dem ich vertreten bin, hat sich im Mai wieder getroffen. Der Beschluss über ein landkreisweites Busticket für Menschen mit geringem Einkommen, das wir gemeinsam mit der SPD-Fraktion beantragt haben, wurde auf die nächste Sitzung vertagt. Es fehlen noch Informationen bzw. ein Angebot der Verkehrsbetriebe für ein Sonderticket. Wir halten Euch auf dem Laufenden, wie es weitergeht.

Ein weiteres Thema, das auch andere Ausschüsse beschäftigt, ist die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen im Landkreis. Am 12. Mai 2015 waren im Landkreis Aschaffenburg 717 Asylbewerber in 40 Unterkünften in 16 Gemeinden untergebracht. Diese Zahl ändert sich ständig, da der Landkreis Aschaffenburg wöchentlich 20 bis 25 neue Menschen zugeteilt bekommt. Die Betreuung der Geflüchteten und ihrer ehrenamtlichen UnterstützerInnen stellt die Fachstelle Asyl im Landratsamt vor eine besondere Herausforderung. Da zugesagt wurde, dass demnächst ein Schulungsangebot für die Ehrenamtlichen beginnen wird, was ich für unbedingt erforderlich halte, haben wir eine Aufstockung des Personals auf 3,25 Stellen beschlossen. Außerdem wird es, auf Antrag der FDP-Fraktion, eine Infobroschüre geben, die wichtige Anlaufstellen und Adressen für AsylbewerberInnen und ihre UnterstützerInnen enthält.

Die Verbesserung der Situation Geflüchteter im Landkreis ist mir ein großes Anliegen. Ich würde mich daher über Rückmeldung aus der Praxis sehr freuen, damit ich besser nachvollziehen kann, wie die Beschlüsse des Sozialausschusses umgesetzt werden. Außerdem vermittele ich bei Fragen zum Thema Asyl(-antrag) gerne Kontakte zu Fachleuten oder zu Welcome-to-Aschaffenburg, einer UnterstützerInnengruppe, die sich regelmäßig im „Stern“ trifft.

In der Jahreshauptversammlung des Kreisjugendrings im März habe ich unsere Fraktion vertreten. Es wurde unter anderem der Vorstand neu gewählt. Besonders gespannt bin ich aber auf die Aktion „BOB“, die in der JHV vorgestellt wurde. Was ist „BOB“? BOB ist eine Aktion aus Belgien, die der Kreisjugendring im Januar 2015 zusammen mit dem P-Seminar des Spessart-Gymnasiums auf den Weg gebracht hat. BOB gibt sich durch einen knallgelben Schlüsselanhänger als Fahrer einer Gruppe zu erkennen. BOB trägt Verantwortung: Er oder sie bleibt alkoholfrei und fährt die anderen sicher nach Hause. BOB erhält für sein/ihr Verantwortungsbewusstsein von den unterstützenden Kneipen und Gaststätten als Belohnung ein alkoholfreies Getränk auf Kosten des Hauses. Mit dieser einfachen Aktion ist es in Belgien gelungen, Alkohol-Unfälle deutlich zu reduzieren. Im Landkreis Aschaffenburg nehmen derzeit 9 Lokale und 20 Fahrschulen als Werbepartner für die Aktion teil. Im Herbst will der Kreisjugendring BOB stärker in die Öffentlichkeit rücken.

## **Claudia Neumann**

Mein Jugendhilfeausschuss traf sich am 20. April 2015 und 26. Mai 2015.

Herr Fahle, der Leiter des Amtes für Kinder, Jugend und Familie, stellte uns die wichtigsten Grundsätze und die Rangfolge der Arbeit im proaktiven, im präventiven und im reaktiven Jugendhilfebereich des Landkreises Aschaffenburg vor.

Das gemeinsam entwickelte Leitbild beinhalten die Stärkung der Ressourcen in der Familie, die Steuerung durch frühe Prävention sowie die Öffnung der Zugänge zur Jugendhilfe.

Der proaktive Bereich wird durch die frühe Elternberatung und die Familienhebammen abgedeckt, da so die nötigen Hilfen frühzeitig erkannt und rechtzeitig beginnen können.

Im präventiven Bereich sollen, wo nötig, möglichst frühzeitig die Zugänge zu den angebotenen Hilfen geöffnet werden, damit den Kindern ideale Startbedingungen in das Leben offenstehen.

Durch die Sozialen Dienste wird später im reaktiven Bereich Hilfe zur Erziehung angeboten.

In der zweiten Auflage des Familienwegweisers werden alle Hilfsangebote des Landkreises übersichtlich dargestellt.

Das Konzept „Kontra Koma“, eine Initiative des Amtes für Kinder, Jugend und Familie, der Schulen, der Staatsanwaltschaft und der Polizei im Landkreis Aschaffenburg gegen Alkoholkonsum bei Kindern und Jugendlichen kann erste kleine Erfolge vermelden. Die Kliniken berichteten für 2014, dass sich die Zahl der betroffenen Kinder und Jugendlichen von 39 auf 25 reduziert haben.

Wie ihr vielleicht mitbekommen habt, wurde im vergangenen Jahr durch eine Vereinbarung zwischen dem Amt für Kinder, Jugend und Familie, den Kommunen und den Vereinen im Landkreis Aschaffenburg das erweiterte Führungszeugnis eingeführt. Das Ziel dieser Maßnahme ist das Fernhalten von einschlägig vorbestraften Personen (insbesondere Pädophile) von der Arbeit mit Kindern. Ein erweitertes Führungszeugnis enthält im Gegensatz zu einem gewöhnlichen Führungszeugnis ohne Ausnahme auch geringfügige Verurteilungen wegen Sexualdelikten und andere, für den Schutz von Kindern besonders relevante, Straftaten. Dies wurde ebenfalls im Jugendhilfeausschuss vorgestellt und diskutiert.

Außerdem haben wir beschlossen, dass die Förderung von Kindertageseinrichtungen ab 01.01.2015 mit jährlich 2.000,00 € je Einrichtung als Festbetrag erfolgt.

Der Ausländerbeirat, in dem ich ebenfalls vertreten bin, hat sich seit dem letzten Newsletter 4 mal getroffen, um unter anderem über den Preisträger des Preises für Menschlichkeit und Verständigung 2014 abzustimmen und unsere Teilnahme bei der Gartenschau Alzenau und anderen Veranstaltungen vorzubereiten.

## **Stephan Roth-Oberlies**

- Fraktionssprecher –

In allen Sitzungen, in denen ich in der letzten Zeit mitwirkte (Kreisausschuss, Kreistag, Zweckverbandsversammlung, Lenkungsgruppe), ging es immer um das Thema Krankenhaus.

*Altlasten:* Die finanzielle Lage des Wasserloser Krankenhauses ist in den letzten drei Jahren nahezu desaströs. Wurde in 2012 ein Defizit von ca. 1,5 Mio. Euro erwirtschaftet, so war das Defizit in 2014 immer noch 878 Tsd. Euro. Auch für 2014 ist mit einem Defizit von über einer Mio. zu rechnen. Als Erklärung bekommen wir die Antworten: Mangelnde Auslastung wegen der Baumaßnahmen, hohe Personalkosten, Bereinigung von Altlasten wie nichteintreibbare Außenstände und Rückzahlungen von Zuschüssen sowie die unzureichende Erstattung der Krankenkassen. Das Betriebsdefizit ist bis einschließlich 2014 über den normalen Kreishaushalt zu bereinigen.

*Fusion mit dem Klinikum Aschaffenburg:* Die Fusion ist praktisch vollzogen und zeigt, was die Auslastung in Wasserlos angeht, erste positive Wirkungen. Trotzdem wird aufgrund der Rahmenbedingungen auch das Klinikum Aschaffenburg-Alzenau keine schwarzen Zahlen schreiben.

*Rechtsform des Klinikums:* Von der Stadt schon lange angestrebt und für zukünftige Kooperationen notwendig sei die Umwandlung des Klinikums von einem Kommunalbetrieb in eine gemeinnützige GmbH. Dabei werden wir wieder von der Firma Peretinos beraten. Diese hat einen Satzungsentwurf entwickelt, in dem die Zuständigkeiten geregelt werden. Die Geschäftsführung wird mehr Kompetenzen bekommen. Dabei wird sie von einem neu geschaffenen Aufsichtsrat beraten und durch diesen kontrolliert. Daneben wird es weiterhin die Zweckverbandsversammlung (Gesellschafter), in der ich die Kreisgrünen vertreten werde. Letztere soll in Zukunft den Aufsichtsrat entlasten und vor allem den Wirtschaftsplan absegnen und zwar deshalb, weil auflaufende Betriebsdefizite von Stadt und Kreis weiterhin zu tragen sein werden.

Aufgaben wie Ernennung von Chefärzten, Geschäftsleitern medizinische Konzepte und andere wichtige Entscheidungen werden beim Aufsichtsrat liegen. Deshalb drehten sich die meisten Diskussionen um die Besetzung dieses Gremiums. Es ging um Fragen wie: Größe des Aufsichtsrats, Einbeziehung von Personalvertretern und internen und externen Fachvertretern, Aufteilung der Plätze zwischen Kreis und Stadt sowie den Parteien.

Leider gibt es keine Möglichkeit einfach die kompetentesten und engagiertesten Kreis- und Stadträte auszuwählen und in den Aufsichtsrat zu schicken. Nach der bisherigen Diskussion werden Landrat und OB trotz all ihrer sonstigen Aufgaben „automatisch“ Aufsichtsräte sein. Dazu sollen je 3 Räte vom Stadtrat und vom Kreistag nach Parteienproporz bestimmt werden. Das heißt, für den Kreis kommen noch zwei weitere CSU Aufsichtsräte hinzu. Das Personal soll zusätzlich einen nicht stimmberechtigten Vertreter entsenden.

Ich brachte in einem mit der Fraktion abgestimmten Papier unsere Gegenpositionen vor. Bei der Besetzung des Aufsichtsrats sehe ich keine Möglichkeit noch eine Änderung durchzusetzen. Die Stimmberechtigung des Personalvertreters sowie die Rolle von fachlichen Beratern wie zum Beispiel des ärztlichen Direktors ist noch nicht endgültig abgestimmt. Wer dazu noch mehr wissen will, kann sich gern an mich wenden.

*Zusammenarbeit mit dem Klinikum Hanau:* Dazu wurde mit Zustimmung des Kreistags eine Kooperationsgesellschaft gegründet, die nur dazu da ist, Pläne und Modelle einer Zusammenarbeit zu entwickeln und deren Realisierungsmöglichkeiten auszuloten.

Die Fraktion macht sich weiterhin Gedanken, wie sie die Verkehrswende im Kreis befördern kann. Dazu und natürlich aus sozialen Gründen hat sie unter Barbaras Federführung ein „Sozialticket“ beantragt. Weiterhin hat sie die Bewirtschaftung der Parkplätze des Landratsamts mit dem Ziel beantragt, dass bei einer Erweiterung des Landratsamts keine neue Plätze gebaut werden müssen. Das heißt die Mitarbeiter bekommen aus den gesparten Kosten einen Zuschuss. Den können sie für einen Parkplatz am Landratsamt ausgeben oder sich sparen, wenn sie z.B. mit dem Fahrrad kommen oder günstiges Jobticket nutzen.

Inzwischen habe ich erfahren, dass aufgrund der Stellplatzverordnung der Stadt Aschaffenburg die neuen Parkplätze geschaffen werden müssen. Details müssen wir noch nachprüfen.

Als drittes haben wir einem Antrag für ein Netzticket für alle Kreisrätinnen und Kreisräte gestellt. (Die Bundestagsabgeordneten bekommen vom ersten Tag ihrer Tätigkeit an eine Bahncard 100.) Als Gegenfinanzierung haben wir die Reduktion der monatlichen Aufwandsentschädigung um 30 € beantragt. Der Antrag wurde gegen 9 Stimmen abgelehnt.

Es ging uns nicht darum, irgendjemand in den Bus zu zwingen! Das wurde aber in der Diskussion im Kreisausschuss und im Kreistag unbewusst oder aus Böswilligkeit immer wieder unterstellt.

Ich argumentierte wie folgt:

Die Kreisvertreter entscheiden z.B. über die Verwendung der Mittel für den Nahverkehr. Eine Fahrt mit dem Bus ist damit eine Art „Dienstreise“. Nur wenn entsprechende Erfahrungen vorliegen, können auch das Ziel einer Verbesserung des Nahverkehrs, das alle Fraktionen im Kreis anstreben, erreicht werden. Ich sehe die Entscheidung auch als ein starkes Signal nach außen an: Der Kreistag und seine Mitglieder steht nicht nur für den VAB politisch, sondern auch persönlich ein. Wir brauchen den öffentlichen Personennahverkehr aus sozialen, regionalpolitischen, wirtschaftlichen, ökologischen Gründen und müssen ihn auch mit kleinen Beiträgen stärken!

Ich versuchte schon auch für das Busfahren zu werben: (bequem, bei entsprechender Lektüre keine Zeitverschwendung, sicher....) Aber alles hat nicht verfangen. Ideen, wie man die Verkehrswende voranbringen kann, haben die Dagegenstimmer aber auch nicht.

Mit dem Anliegen das Thema TTIP, CETA und TISA auch in den Kreistag Aschaffenburg zu bringen, habe ich mich an die Fraktionsvorsitzenden der anderen Parteien gewandt. Kaltenhauser(FDP) signalisierte Ablehnung, weil ihm die Richtung nicht passte, Jehn (SPD) ebenso, weil er sie für überflüssig hielt (Gabriel wirds schon richten), Pistner (Freie Wähler) "Eher kein Thema für den Kreistag". Einzig H. Winter hatte ebenfalls Interesse mitzumachen. Er schickte dann die Resolution des Landkreis Weißenburg Gunzenhausen und ich die GRIBS - Version an den Landrat. In beiden Entwürfen wird sich sehr darum bemüht den Bezug zur Kommunalpolitik hervorzuheben, um nicht die Angriffsfläche der Nichtzuständigkeit zu bieten.

Zur Kreistagssitzung lag dann ein Papier vor, das zusammengefasst die drei Punkte enthielt:

1. Keine Einengung des kommunalen Spielraums bei der Daseinsvorsorge z.B. im Bereich Trinkwasserversorgung, ÖPNV, Krankenhäuser, Sozialdiensten, Kultur
2. Keine weiteren Einschränkungen beim Beschaffungswesen
3. Keine Einschränkungen bei den Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz einschließlich deren Erweiterung.

Der wesentlichste Unterschied zur GRIBS-Resolution ist der, dass dort mehr direkte Beteiligung der

kommunalen Spitzenverbände an den Verhandlungen gefordert wird. Gabriel hat den Spitzenverbände verbesserte Information zugesagt. Wie mit der Fraktion abgesprochen, sollte eine Resolution nicht an Details scheitern. In der Diskussion wurde vor allem darauf hingewiesen, dass schon die Spitzenverbände und der Landtag entsprechende Resolutionen verabschiedet haben. Schließlich haben dann aber doch alle dem Verwaltungsentwurf zugestimmt und sind mit dem Punkt drei sogar über das Minimum hinausgegangen."

## **Artur Schnatz**

### **Aus dem Bauausschuss**

#### **Umgehung Pflaumheim**

Mittlerweile sind die aufgrund der Widersprüche der ersten Auslegung geänderten Pläne bei der Regierung v. Unterfranken angekommen. Nach der Prüfung wurden sie für eine erneute Einspruchsmöglichkeit der Beteiligten und Bürger zur Auslegung an den Markt Großostheim weitergereicht.

je nach Menge und „Schwere“ eventueller Einsprüche ist im Herbst ein erneuter Erörterungstermin möglich.

#### **Radwegenetz Konzeption**

Ein wesentlicher Punkt im angestrebten Radwegekonzept ist das Ziel Verbindungen herzustellen. Kurze Wege statt touristischer Attraktivität. Straßen unter 1000/PKW/Tag sollen in diesem Netz als „Radwege“ gelten.

Es wird ein Arbeitskreis gebildet, um die weitere Entwicklung abzustimmen und voranzutreiben. Theo ist inzwischen dort unser Vertreter um unsere Positionen mit voran- und einzubringen.

In 2015 fördert der Landkreis den Radwegebau mit voraussichtlich ca. 450.000.-€. Nicht schlecht, auch wenn das eine oder andere so nicht ganz notwendig wäre.

#### **Sanierung und Erweiterung Landratsamt**

Unser Antrag, den Parkplatz auch für die Beschäftigten kostenpflichtig zu machen und dafür Jobtickets zu bezuschussen wurde eingereicht. Von der Verwaltung wurde ein größerer Erweiterungsentwurf vorgestellt. Das wäre entlang der Friesenstraße und am Ende im 90-Grad Winkel nach Süden entlang dem Schulgrundstück. Damit könnten dann alle jetzt ausgelagerten Stellen zurückgeholt werden, der Platzbedarf wäre auch für eine überschaubare Zukunft gedeckt. Es könnten mehrere Flügel gleichzeitig saniert werden und somit in kürzerer Zeit fertiggestellt werden. Parkplätze müssten dann durch ein Parkdeck über den jetzigen Stellplätzen hergestellt werden. Es wird eine Bauvoranfrage in der Stadt gestellt.

Die Sanierung, Wasser, Abwasser, Strom, Datenleitung, Brandschutz, Böden, Fenster ist in absehbarer Zeit unumgänglich. Die Erweiterung wird im Kreisausschuss und im Kreistag noch reichlich diskutiert werden.

#### **Verkehrszahlen**

Die Bauverwaltung hat eine Tabelle mit den Verkehrszahlen aller OD's im Kreis vorgestellt. Diese soll auf der Internetseite des LdrA. Veröffentlicht werden.

Die Tiefbauverwaltung stellte die in 2015 laufenden Straßenbauprojekte, Waldaschaff, Kleinkahl, Umbau Spinne, Sailauf, Stockstadt, Johannesberg, Heimbuchental und Radwegebauten in Geiselbach und Hösbach im Detail vor. Wer da Fragen hat darf sich gerne bei Artur melden.

Zur Optimierung der Kahlgrundbahn-Übergänge sollen alle Vorschläge in „Augenschein“ genommen werden um sie dann dem Planungsbüro zur Ausarbeitung in Auftrag zu geben.

Im **regionalen Planungsausschuss** ging es neben der Haushaltsverabschiedung, Details bei Artur, letztendlich um Windkraftanlagen bei uns in der Region 1. Auf Grund unserer in Bayern „einzigartigen Spitzenleistung“ 68% der Region 1 sind Landschaftsschutzgebiete, können/müssen wir zur Kenntnis nehmen das die Regierung zwar im Spessart keine, aber in den westlichen Randgebieten des Odenwalds noch 12 Ausnahmezonen, mit zusammen ca. 2252 ha (= ca. 7,4%) Fläche, zulässt.

Allerdings müssen diese natürlich auch noch allen anderen Anforderungen entsprechen. Rechnerisch

sind bei 50 Windrädern, die wir uns alle als Ziel gesetzt haben ca.500 ha erforderlich. Ich habe zwar ungern, ein wenig auch „unserem“ Landrat zuliebe, der eher die im Odenwald doch noch möglichen Windräder betonte, zugestimmt.

## **Eva Maria Simon- Reising**

Im ersten Halbjahr nahm ich an drei Sitzungen des Schul-, Sport- und Kulturausschusses, sowie dem Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Bayer. Untermain teil. Im Folgenden möchte ich einige Schwerpunkte dieser Sitzungen vorstellen.

In der Sitzung des **Zweckverbandes für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Bayer. Untermain**, dessen Mitglieder der Landkreis Aschaffenburg, der Landkreis Miltenberg und die Stadt Aschaffenburg sind, wurde zunächst die Jahresrechnung 2013 vorgestellt. Diese war mit dem Betrag von ca. 3,5 Mio. € in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Dabei betrug die Umlage für den ansonsten nicht gedeckten Finanzbedarf, der auf den Landkreis Aschaffenburg entfiel, rund 6 500 €. Für das Haushaltsjahr 2015 ist ein Gesamthaushalt mit ca. 3,2 Mio. € vorgesehen. Kreditaufnahmen wurden nicht festgesetzt.

Weiterhin wurde über die Aufgaben und Tätigkeiten des ÄLRD (Ärztliche Leiter Rettungsdienst) im Jahr 2014 berichtet. U. a. wurde dabei auf die besondere Situation durch die Schließung der Notaufnahme in Miltenberg und auf die Problematik langer Rückfahrstrecken der Rettungsmittel vom Krankenhaus zum Standort verwiesen.

Die Integrierte Leitstelle, die seit 3. Juli 2012 in Betrieb ist, verzeichnete im Jahr 2014 weiterhin hohe Einsatzzahlen. Gegenüber dem Vorjahr war ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen, auch die Bindung der Fahrzeuge stieg an, ebenso wie die Anzahl arztbegleiteter Transporte. In 2014 waren z. B. 35.290 Notfalleinsätze zu verzeichnen, dies bedeutet ein Plus von 8 %.

Mit der Einführung der europaweit gültigen Notrufnummer 112 werden die Kosten für die noch gültige Nummer 19222 in Zukunft nicht mehr von den Kassen übernommen. Deshalb wurde bereits bei der letzten Sitzung der Verbandsversammlung beschlossen, die Vorwahlfreiheit für die noch gültige Rettungsrufnummer 19222 zum Ende des Jahres 2015 aufzugeben. Da die Kassen die Übernahme der Kosten nur noch bis zum 31.03.2015 zusagten (Jahreskosten 30.000 €), wurde nun beschlossen, die Vorwahlfreiheit bereits zum 31.05.2015 aufzugeben.

Der **Schul-, Sport- und Kulturausschuss** tagte in diesem Jahr bereits zweimal. Dabei wurde jeweils die Entwicklung der Schüler- und Klassenzahlen an den Schulen vorgestellt. Der Landkreis Aschaffenburg verzeichnete in den Jahren 1997 bis 2014 einen Geburtenrückgang um ca. 30 %. Zurzeit werden im Durchschnitt 1.357 Kinder pro Jahr geboren. Dies hat auch Auswirkungen auf die künftigen Schülerzahlen.

So geht man davon aus, dass in den nächsten drei Schuljahren die Schülerzahlen an der Edith-Stein-Schule in Alzenau von 815 auf 672 sinken werden, in der Staatl. Realschule Hösbach von derzeit 999 Schüler auf 835 Schüler. Dagegen bleibt die Schülerzahl in der Staatl. Realschule Bessenbach annähernd konstant bei ca. 860 Schüler. In der Staatl. Realschule in Großostheim rechnet man sogar mit einem Anstieg von derzeit 534 Schüler auf 680 Schüler im Schuljahr 2017/18.

Bei den Gymnasien werden die Schülerzahlen laut Prognose leicht sinken, im Spessart-Gymnasium Alzenau von 1.100 auf 996 Schüler und im Hanns-Seidel-Gymnasium Hösbach von 1.128 auf 1.017 Schüler.

Ab dem Schuljahr 2015/16 wird es an der Staatlichen Berufsschule III nur noch das Berufsfeld Ernährung und die „Jugendlichen ohne Ausbildung“ geben. Das Berufsfeld Ernährung hat bayernweit in den letzten 5 Jahren die größten Rückgänge zu verzeichnen. Aktuell laufen Gespräche der Berufsschule mit der IHK, dem Hotel- und Gaststättenverband und der Agentur für Arbeit zur gezielten Ansprache von geeigneten spanischen Bewerbern im Gastronomiebereich.

An den Berufsfachschulen bleiben die Schülerzahlen weiterhin konstant mit Überhängen von Bewerbern für die Staatliche Berufsfachschule für Kinderpflege. Nach Einschätzung der Schulleitung

werden sich die Schülerzahlen in den nächsten 5 Jahren kaum ändern.

In den Förderschulen Hahnenkamm-Schule Alzenau und Pestalozzischule Hösbach erwarten die Schulleitungen weiterhin konstante Schülerzahlen (167 Schüler in 15 Klassen bzw. 162 Schüler in 13 Klassen) trotz der Möglichkeit inklusiver Beschulung.

Das Spessart-Gymnasium Alzenau wird ab dem nächsten Schuljahr Pilotschule für das Modell „Mittelstufe Plus“. Ziel ist es, den Schülerinnen und Schülern bei entsprechendem pädagogischem Bedarf durch ein zusätzliches Jahr in der Mittelstufe mehr Lernzeit zu gewähren, bei gleichzeitig unverändertem Lehrplan.

In der zweiten Sitzung stellten sich die beiden neuen Kreisheimatpfleger Frau Dr. phil. Monika Schmittner und Herr Michael Rosner vor. Da diese Tätigkeit sehr umfangreich ist und zudem ehrenamtlich durchgeführt wird, teilen sich nun Frau Schmittner und Herr Rosner die Arbeit. Herr Rosner betonte, dass die Heimat- und Geschichtsvereine fast durchweg Aufgaben der Kommunen übernehmen und diese somit entlasten. Frau Dr. Schmittner stellte das Projekt „Stolperstein-App“ vor, das es ermöglicht Informationen zu den auf den Stolpersteinen genannten Personen abzurufen.

## **Astrid Stüllein**

Aus dem Personalausschuss lässt sich aus Gründen der Nichtöffentlichkeit nur berichten, dass das Landratsamt einen guten Personalstand hat und für das nächste Geschäftsjahr gut gerüstet ist. Eventuelle Kündigungen oder notwendige Neueinstellungen werden in den jeweiligen folgenden Ausschusssitzungen behandelt.

Im Sparkassenzweckverband wurde der Geschäftsbericht 2014 besprochen und bestätigt. Die Sparkasse Aschaffenburg hat wieder ein sehr gutes vorzeigbares Ergebnis erwirtschaftet und ist für das folgende Geschäftsjahr gut gerüstet. Auch hier kann aus Gründen der Nichtöffentlichkeit nicht detailliert berichtet werden. Weitere Informationen über die Sparkasse sind im Netz unter [www.spk-aschaffenburg.de](http://www.spk-aschaffenburg.de) jederzeit abrufbar.

Für Stephan Roth Oberlies war ich stellvertretend in der Ausschusssitzung des Krankenhauszweckverbandes. Dort wurde der Geschäftsberichtabschluss 2014 vorgestellt und anschließend die Geschäftsführung entlastet. Durch die Fusion des Krankenhauses am Hasenkopf mit dem Krankenhaus Wasserlos läuft noch nicht alles reibungslos, aber die Weichen für eine gute Zusammenarbeit sind gestellt.

Ein besonderes Problem in der ambulanten Notfallversorgung besteht und muss auf längere Sicht gelöst werden. Es kommen zu viele Patienten mit leichten Verletzungen oder Krankheiten in die Ambulanz. Statt den diensthabenden Arzt für Notfälle im Landkreis zu konsultieren, fahren die Patienten gleich ins Krankenhaus. Die Kosten für diese Behandlung in der Notfallambulanz im Klinikum werden von den Krankenkassen nicht deckend übernommen. Daraus resultiert ein ständig anwachsendes Minus für das Klinikum. An einer Lösung wird gerade gearbeitet.



**Unsere nächsten Sitzungen:**

- Montag, 21.09., 14.30 Uhr: Kreisausschuss
- Donnerstag, 01.10., 09.00 Uhr: Bauausschuss
- Montag, 12.10., 14.00 Uhr: Kreistag
- Donnerstag, 15.10., 14.30 Uhr: Ausschuss für Tourismus und regionale Zusammenarbeit
- Montag, 26.10., 14.30 Uhr: Kreisausschuss
- Donnerstag, 29.10., 14.30 Uhr: Schul-, Sport- und Kulturausschuss

**Wir sagen allen Gästen herzlich Danke,  
die zu unserem ersten Sommerfest in Arturs Garten gekommen sind  
und die Gelegenheit genutzt haben, mit uns ins Gespräch zu kommen.  
Rückmeldung aus den OV's sind uns wichtig!**

**Wir wünschen Euch eine schöne Ferienzeit mit Zeit zum Ausspannen,  
damit wir danach alle mit neuer Energie in die politische Arbeit  
einsteigen können!**



**Es grüßt herzlich  
Die Grüne Kreistagsfraktion**